



Hartmut Mehdorn

Auf Krawall gebürstet: Wie der Bahnchef seine treuesten Verbündeten verliert. **SEITE 14**

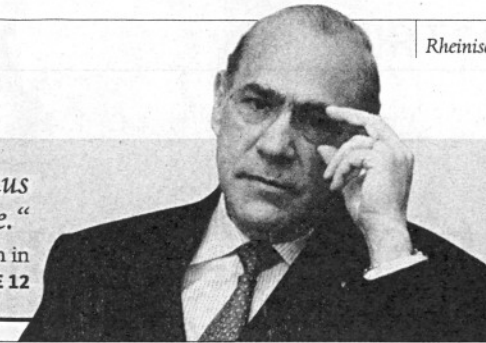
Rheinischer Merkur · Nummer 6 · 5. Februar 2009

11

Wirtschaft

„Wirtschaftsnationalismus ist keine gute Idee.“

OECD-Chef Ángel Gurría wirbt auch in der Rezession für Freihandel. **SEITE 12**



Wissenschaft Schnee im Labor

Die weiße Pracht des Winters gibt Reize preis und Rätsel auf. **SEITE 15**

MEINUNGEN

Reifeprüfung in der Politik

PARTEIEN Wie die Grünen lernten, die Marktwirtschaft zu lieben. Und was sie dabei falsch gemacht haben

Von Sven Giegold

„Dieser Programmteil wird noch überarbeitet“, hieß es zur Wirtschaftspolitik 1980 im ersten Parteiprogramm der Grünen. Die grüne Gründerzeit war geprägt vom Widerstand gegen die zerstörerischen Folgen des Wirtschaftens: Atomkraftwerke, industrielle Landwirtschaft, Gifte der Chemieindustrie, Straßenbau und Ausbeutung der Entwicklungsländer. Im Gegensatz zu den ökonomischen Ideen vieler K-Gruppen der 1970er-Jahre war die Staatswirtschaft nicht die grüne Alternative. Zu offensichtlich war der Staat selbst an der Umweltzerstörung beteiligt.

Es dauerte nicht lange, da entsprangen Zehntausende kleine und mittlere Ökounternehmen aus der Ökobewegung. Im Wettbewerb miteinander entwickelten sie umweltfreundliche Produkte, oft innovativer und von besserer Qualität als die konventionellen Angebote.

Damit machte auch die grüne Partei ihren Frieden mit Markt und Wett-

„grünen Ordoliberalismus“ zu reduzieren. „Die unsichtbare Hand des Markts wird grün“, schrieben sie im AutorInnenpapier Grüne Marktwirtschaft, wenn der Staat ökologische Leitplanken setzt, Verbraucherschutz garantiert und für eine hohe Wettbewerbsintensität sorgt. Damit wurde der Staat auf die Rahmensezung verengt und die sozialen Ergebnisse von Märkten wurden nicht mehr hinterfragt. Aus dieser Vorlage entwickelte sich eine spannende Diskussion, die nun mit dem jüngst beschlossenen Programm für einen „grünen New Deal“ einen vorläufigen Abschluss fand.



Ob langfristiges exponentielles Wachstum möglich ist, muss bezweifelt werden.

Wir Grünen wollen heute nicht nur die ökologische und wettbewerbliche Regulation der Märkte, sondern auch die Finanzmärkte international regulieren. Wir wollen ebenso eine international koordinierte Wirtschaftspolitik und einen solidarischen Sektor in der Ökonomie. Wir brauchen heute in der Krise ein großes Investitionsprogramm für Klimaschutz und sozialen Ausgleich. Mittelfristig kann so ein

Des Dramas nächster Akt

FINANZKRISE Angesichts der Bankenmisere sinnt die Bundesregierung über die Enteignung von Aktionären nach. Was als Theater begann, verselbstständigt sich zu einer Grundsatzdebatte

Von Benedikt Fuest

Vorhang auf für ein schauriges Wirtschafts-drama: Die Rolle des Bösewichts spielt Christopher Flowers. Er wartet sehr öffentlich auf ein Kaufangebot, das das schlechteste Geschäft seines Lebens abschließen dürfte. Flowers ist Eigentümer der US-Finanzbeteiligungsgesellschaft J. C. Flowers, seit Juni besitzt er 24,9 Prozent der Aktien der Hypo Real Estate (HRE). Damals bezahlte er 22,50 Euro pro Anteilsschein, inzwischen werden die Papiere des angeschlagenen Münchner Immobilienfinanziers für unter 1,40 Euro gehandelt. Natürlich wäre Flowers sein Investment gern los – zu einem angemessenen Preis.

Flowers stieg just vor dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise bei HRE ein und musste seitdem zusehen, wie sich HRE im Strudel der Krise als Schwächste der privaten deutschen Banken erweist. Sie ist nur deswegen noch im Geschäft, weil sie seit Herbst mehr als 92 Milliarden Euro staatliche Hilfen in Form von Kapitalhilfen und Bürgschaften in Anspruch nahm.

Damit ist sie Rekordhalterin – und zugleich die größte Gefahr für das deutsche Bankensystem, da ihre Pfandbriefe nicht nur in den Portfolios vieler deutscher Kleinanleger, sondern auch in den Büchern vieler anderer Banken liegen. Fast wöchentlich muss der neue HRE-Vorstand Axel Wieandt, als Krisenmanager im Oktober 2008 einge-



berwerb. Heute ist es bündnisgrüner Konsens, dass die Marktwirtschaft ein effektives Mittel zum ökologischen Umbau der Wirtschaft ist, wenn der Staat die richtigen ökologischen Rahmen und Grenzen setzt. 1,8 Millionen Umweltjobs entstanden so nach Zahlen des Umweltbundesamts. Welch ein Erfolg gegen alle Widerstände!

Nach Ende von Rot-Grün versuchte dann eine Gruppe von grünen Politikern, Wirtschaftspolitik auf eine Art

„grüner New Deal“ die Nutzung fossiler Energiequellen und den Naturverbrauch massiv senken und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und neue Jobs schaffen. Ob damit jedoch langfristig exponentielles Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten möglich ist, muss bezweifelt werden.

Sven Giegold ist Mitbegründer von *Attac* in Deutschland und Kandidat der Grünen für das Europaparlament.

Peer, der Schnüffel-Bär

BANKGEHEIMNIS Die Politik bekämpft das Bürgerrecht

Von Stephan Balling

Peer Steinbrück hat einen neuen stolzen Ritter gefunden, dem er ehrfürchtig huldigen kann, EU-Steuerkommissar Laszlo Kovacs. Der will den Bösen an den Kragen: Europas Steuerflüchtlinge sollen keine Zuflucht mehr finden in Ländern, die einen hohen Schutzwall um das Bankgeheimnis bauen. Mit einer neuen EU-Richtlinie will Kovacs es künftig allen EU-Ländern verbieten, anderen Mitgliedsstaaten unter Berufung auf dieses Bürgerrecht Amtshilfe im Kampf gegen Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug zu verweigern.

Der Bundesfinanzminister freut sich, dass er in Brüssel endlich einen Helden findet, der sein altes Anliegen aufnimmt. Steinbrück und Kovacs zielen besonders auf Österreich und Luxemburg, jene beiden Länder mit dem strengsten Bankgeheimnis in der Union. Was auf den ersten Blick wie der Kampf für Gerechtigkeit und gegen den Betrug an der Allgemeinheit aussieht, entwickelt sich bei genauerem Hinschauen als ideologisches Scheingefecht. Denn längst hat Europa einen anderen Weg eingeschlagen, um

Steinbrück freut sich neuerdings über Hilfe aus der Europäischen Kommission.

Steuerflucht zu bekämpfen. Ohne die Daten der Bürger auszuschnüffeln.

Seit Juli 2005 gilt in der gesamten Union sowie in Liechtenstein und der Schweiz eine Mindeststeuer auf Zinsen. Die einzelnen Länder können wählen: Entweder sie lockern ihr Bankgeheimnis und leisten Amtshilfe, oder sie führen an die Herkunftsländer der Steuerflüchtigen eine pauschale Quellensteuer von heute 20 Prozent ab. Bis zum Jahr 2011 steigt der Satz auf 35

Prozent. Zum Vergleich: Die deutsche Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge beträgt nur 25 Prozent.

Freilich: Die EU-Zinssteuer hat zu viele Ausnahmen. Erträge aus bestimmten Investmentfonds und Lebensversicherungen fallen nicht darunter. Und: Steuerflüchtlinge können den Zumwinkel machen. Der ehemalige Postchef hatte die Quellensteuer mithilfe einer Stiftung umgangen. Kovacs sollte deshalb wieder zu seinem ursprünglichen Vorhaben zurückkehren und sich auf Verbesserungen bei der bestehenden Richtlinie beschränken. Und Steinbrück sollte endlich Respekt vor den Daten der Bürger lernen. Das wäre ritterlich.

ZAHLNWERK

0,4

Prozent reales Minus beim Umsatz machte der deutsche Einzelhandel 2008 gegenüber 2007. Auch das Weihnachtsgeschäft lief schlechter als gedacht. Nominal wurden im Dezember 0,6 Prozent mehr Waren verkauft als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Real waren es jedoch 0,3 Prozent weniger.

Quelle: Statistisches Bundesamt

„grüner New Deal“ die Nutzung fossiler Energiequellen und den Naturverbrauch massiv senken und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und neue Jobs schaffen. Ob damit jedoch langfristig exponentielles Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten möglich ist, muss bezweifelt werden.

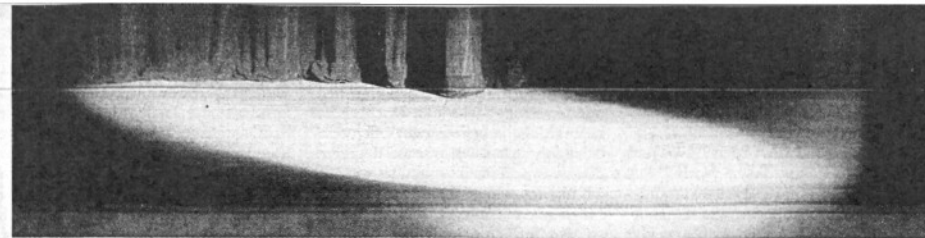
Nun überlegt die Bundesregierung, die HRE gleich ganz zu übernehmen und abzuwickeln. Dazu aber muss sie den lästigen Großaktionär Flowers entweder dazu bewegen, den Bund als neuen Großaktionär in Form einer Kapitalerhöhung mitspielen zu lassen. Damit aber würde Flowers' Aktienpaket marginalisiert und endgültig entwertet. Deswegen sperrt er sich. Alternativ kann Flowers seine 24,9 Prozent auch an den deutschen Staat verkaufen.

Hier startet nach dem Prolog des Dramas erster Akt: Noch bevor überhaupt ein Kaufpreis – Forderung oder Angebot – für Flowers' Trümmerpapiere bekannt wird, lanciert das Bundesfinanzministerium Ende vergangener Woche eine Meldung: Die Enteignung lästiger Aktionäre könnte eine denkbare Alternative zum Ankauf der Aktien sein. Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert bereits aus einem Gesetzentwurf – für Flowers' Trümmerpapiere bekannt wird, lanciert das Bundesfinanzministerium Ende vergangener Woche eine Meldung: Die Enteignung lästiger Aktionäre könnte eine denkbare Alternative zum Ankauf der Aktien sein. Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert bereits aus einem Gesetzentwurf. Ein Sprecher kommentiert auf Nachfrage, man „prüfe innerhalb der Bundesregierung verschiedene Optionen“. Damit erscheint die „Enteignung“ im Rampenlicht.

WAS DIE VERGANGENHEIT LEHRT

Der Blick in die Geschichte zeigt: Wenn es in den vergangenen hundert Jahren in Deutschland Enteignungen gab, waren die Folgen oft gravierend. Meist bediente sich ein totalitäres Regime der Vergesellschaftung, um seine Ideologie durchzusetzen. Kleiner Trost: Kommt es in der heutigen Bundesrepublik zu Enteignungen, geht es rechtsstaatlich zu und die Betroffenen haben Anspruch auf Entschädigung.

Die Enteignung der Juden im Dritten Reich: Bereits unmittelbar nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 begannen die Nationalsozialisten damit, die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Ihren Abschluss fand die sogenannte Arierisierung in der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“. Von Januar 1939 an wurden alle Firmen jüdischer Eigentümer geschlossen. Anschließend wurden die Betriebe an neue Besitzer verkauft oder liquidiert. In jedem Fall machte die öffentliche Hand Profit. Ließen Flüchtlinge Vermögen zurück, fiel dieses ebenfalls an das Deutsche Reich, das an der Enteignungswelle prächtig verdiente. Mindestens neun Prozent der Reichseinnahmen im Haushaltsjahr 1938/39 stammten aus „Arierisierungserlösen“. Zahlreiche Unternehmen, bekannte und weniger bekannte, profitierten von den Vorgängen. So übernahm die Deutsche Bank etwa das re-



Auftritt: Wo bleibt die Banken-Enteignung?

FOTO: RANDY FARIS/CORBIS

Auftritt Flowers, der sich am Montagabend bemüht, die Kommunikationshoheit zum Fall HRE-Verkauf wiederzuerlangen: „Ich stelle fest, dass bis heute weder ich selbst noch einer unserer Geschäftsführer in Europa in dieser Angelegenheit von einer der zuständigen Behörden angesprochen worden bin.“ Stimmt das, dann bereitet die Bundesregierung mit ihrem Enteignungs-Drohszenario in bester „Patent“-Manier lediglich ein Angebot vor, das Christopher Flowers nicht ablehnen kann. Hans-Peter Grüner, Wirtschaftspolitikspezialist an der Universität Mannheim, kommentiert: „Mit der Enteignung zu wedeln ist jetzt natürlich ein Druckmittel gegen Aktionä-

re, die sich gegen Maßnahmen wie Verkauf oder Kapitalerhöhung sperren.“

Doch nun, da das Gespenst „Enteignung“ erst einmal auf der Bühne des politischen Theaters aufgetreten ist, lässt es sich nicht leicht wieder hinter den Vorhang verbannen. Speziell für die SPD und ihren Finanzminister Peer Steinbrück passt es wunderbar in die Vorwahlkampfphase, wenn ein SPD-geführtes Finanzministerium mit Enteignung der Heuschrecken-Banker droht, anstatt ihnen auch noch ein mit Steuergeldern finanziertes Kaufangebot für ihre maroden Investmentvehikel zu machen. Fast reflexartig erscheint auch die Reaktion der Opposition. Der finanzpolitische Sprecher der

FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms, empört sich: „Die FDP lehnt Enteignungen von Banken prinzipiell und entschieden ab. Enteignungen passen in keiner Weise in unsere Gesellschaftsordnung mit einer etablierten Sozialen Marktwirtschaft.“ Die Linke reagiert erwartungsgemäß: „Die Verstaatlichung ist die beste Möglichkeit, das Bankensystem zu stabilisieren.“

Damit läuft nun eine Debatte, die so vermutlich gar nicht beabsichtigt war. Schon versuchen sich SPD-Fraktionskreise in Beschwichtigung: Das Thema sei „höchst sensibel, eine öffentliche Debatte kann nun nur schaden“. Dessen ungeachtet diskutieren nun Wissenschaftler und Politiker über die Enteignung von Aktionären. Dabei sieht das Grundgesetz Enteignungen nur als Mittel, wenn anders das Wohl der Allgemeinheit nicht oder nur mit unangemessen hohem Aufwand gewährleistet ist (siehe Kasten). „Dafür finde ich die bisherigen Begründungen zu dürftig“, kommentiert Ökonom Grüner. Er sieht in der Frage nicht zuletzt ein Versagen der Bundesregierung: „Im Oktober hat der Staat es leider versäumt, sich die Kontrolle zu sichern.“

Auch eine Enteignung würde nichts daran ändern, dass Großaktionär Flowers für seine HRE-Anteile angemessen entschädigt werden müsste. Welcher Preis jedoch für die entwerteten Bankpapiere gezahlt werden müsste, würde im Zweifelsfalle eventuell ein Gericht entscheiden. „Eine Entschädigung nach aktuellem Marktpreis wäre dann problematisch, wenn der Kurs der Aktien bereits durch das Gerücht einer Enteignung nach unten getrieben wurde“, fasst Grüner das Problem zusammen.

Für Christopher Flowers jedoch könnte ein Verkauf – erzwungen oder nicht – zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht das Beste sein, was ihm passieren kann. Auch deswegen dürfte er sich gegen den Einstieg des Bundes mittels Kapitalerhöhung sperren und weiter auf ein Angebot warten. Und auch deswegen dürfte die Bundesregierung sich bisher bei ihm nicht gemeldet haben. Wer zuerst zuckt, verliert. Vorhang auf für Akt zwei des Dramas.

nommierte Bankhaus Mendelssohn. Vorgänge wie dieser führten zu dem Vorwurf, das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit beruhe zum Teil auf der Enteignung der Juden.

Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ): Zwischen 1945 und 1949 wurden in der SBZ Tausende Grundbesitzer entschädigungslos enteignet. Die Aktion „Junkerland in Bauernhand“ traf alle Betriebe, die größer als

100 Hektar waren, sowie Ländereien, deren Eigentümer die Besitzer als Kriegsverbrecher, NSDAP-Mitglied oder Gegner des Kommunismus einstufen. Die enteigneten Flächen, die rund 3,3 Millionen Hektar Land umfassten, wurden an 50 000 Kleinbauern und sogenannte Neusiedler, etwa Flüchtlinge, verteilt. Auf einem kleinen Teil des Landes entstanden volkseigene Musterbetriebe. Später verordnete die DDR, die bis 1972 so gut wie alle großen, mittleren und kleinen Unternehmen sozialisierte, den Zusammenschluss der privaten Höfe zu großen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Der Einigungsvertrag von 1990 erkannte das Ergebnis der Bodenreform in der SBZ ausdrücklich an. Die Grundstücke wurden nicht an die ursprünglichen Besitzer zurückgegeben.

Enteignung in der Bundesrepublik: Das Grundgesetz setzt der Sozialisierung enge Grenzen. Artikel 14 garantiert das Recht am Eigentum. Gleichzeitig verpflichtet er zum Dienst am Allgemeinwohl. Gemäß Artikel 15 können Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel gegen Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden. In der Praxis kommt es hierzulande zum Beispiel bei Infrastrukturprojekten zur Enteignung von Grundstücken. Dabei gilt: Zwang wird nur dann ausgeübt, wenn eine gütliche Einigung gescheitert ist. **sl**



Propaganda: Plakat für die Bodenreform in der SBZ. ABBILDUNG: A.K.G.